

# Moschee-Streit geht in heiße Phase

30 000 Unterschriften gegen Münchener Islam-Zentrum »ZIEM«: Bürgerbegehren in greifbarer Nähe

**Gegner des Islam-Zentrums wird das Sammeln von Unterschriften erschwert. Neben linken Demonstranten legt auch das Verwaltungsgericht München den Protestlern Steine in den Weg.**

Der heftige Streit um den Bau einer Großmoschee mit angeschlossenen Islam-Zentrum in München geht in seine entscheidende Phase. Die Initiative um den Journalisten Michael Stürzenberger, die das Projekt stoppen will, hat nach dessen Angaben seit Oktober 2011 bereits 30 000 Unterschriften gesammelt. Um einen Bürgerentscheid zu erzwingen, müssen Stürzenbergers Leute 34 000 Unterschriften für das entsprechende „Bürgerbegehren“ vorweisen. Dies wollen sie bis Jahresende vollbracht haben.

Danach benötigt, so Stürzenberger, die Stadtverwaltung einen Monat, um die Unterschriften zu prüfen. Drei Monate dauere es, bis die Verwaltung einen Termin für die Abstimmung bekanntgibt. Stürzenberger, der auch Landesvorsitzender der Kleinpartei „Die Freiheit“ ist, will erreichen, dass der Bürgerentscheid gleichzeitig mit den bayerischen Kommunalwahlen am 16. März 2014 abgehalten wird, damit möglichst viele Münchener an der Entscheidung teilnehmen können.

Die Aussicht, dass dies tatsächlich gelingen könnte, lässt die Befürworter des „Zentrums für Islam in Europa – München“, kurz ZIEM, zunehmend aggressiv auf Stürzenbergers Initiative reagieren. Zu den ZIEM-Befürwortern zählen neben dem Imam Bajrambejamin Idriz die in München regierende Koalition aus SPD und Grünen sowie CSU und FDP, die großen Kirchen und DGB-Gewerkschaften sowie eine Reihe linker und linksextremer Gruppen und Aktivisten. Die etablierten Parteien Münchens haben eine gemeinsame Verpflichtung verab-

schiedet, nach der sie das Thema ZIEM aus dem kommenden Wahlkampf komplett heraushalten wollen.

Stürzenberger sieht sich unterdessen wachsenden Schwierigkeiten und Behinderungen ausgesetzt, die dieser Tage auch das Gericht beschäftigt haben. Zweimal die Woche sammelt die Initiative Unterschriften für das Volksbegehren an unterschiedlichen Plätzen der bayerischen Metropole. Nun hat das Verwaltungsgericht München eine Auflage des Kreisverwaltungsreferats bestätigt, wonach die

Lärm seiner linken Gegner ja auch Teil „seiner“ Kundgebung sei, so Stürzenberger. Mit der neuen Auflage sieht sich der Moschee-Geg-

## Große Parteien und Kirchen unterstützen Imam Idriz

ner in seiner Meinungsfreiheit stark beschränkt, während die Gegner ungehemmt weitermachen dürften.

Strafe aufgebracht“, beschwert sich der Moschee-Kritiker über einen anderen Fall.

Das Gericht hat der „Freiheit“ auch verboten, Gegendemonstrationen zu fotografieren oder zu filmen. Damit sei es ihnen fast unmöglich gemacht, Übergriffe und Regelverstöße der Linken zu dokumentieren, kritisiert Stürzenberger. Die Gegenseite dürfe zudem weiterfilmen.

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, der als SPD-Spitzenkandidat zur bayerischen Landtagswahl im September antritt, wendet sich in einem Schrei-

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Stürzenberger auch wegen eines Plakates, das Heinrich Himmler mit einem Zitat von ihm zeigt, in dem die NS-Größe ihre Sympathie zum Islam bekundet. Der überzeugte Israel-Freund Stürzenberger wollte damit auf historische Zusammenhänge aufmerksam machen, wie er beteuert. Die Staatsanwaltschaft will darin aber eine Verherrlichung Himmlers erkennen.

Unterdessen hat die ARD-Sendung „Report München“ einige für die ZIEM-Befürworter unangenehme Details über Imam Idriz zutage gefördert. Idriz behauptete bis zu der „Report“-Sendung, nach dem Besuch eines Scharia-Gymnasiums im syrischen Damaskus einen akademischen Titel in islamischer Theologie an einer angesehenen Universität in Libanons Hauptstadt Beirut erworben zu haben. Daneben habe er noch einen Titel einer islamischen Akademie in Frankreich. Die Beirut Uni bestätigte, dass sich Idriz bei ihr einst eingeschrieben habe. Er habe das Studium jedoch nie wirklich begonnen, und einen Abschluss habe er schon gar nicht, so ein Sprecher der Hochschule gegenüber „Report“. Die französische Akademie entpuppte sich nach den Recherchen als eine vom Staat nicht anerkannte Schule in der Provinz, die in dem Ruf

steht, einen radikalen Islamismus zu propagieren.

Imam Idriz, ein verkappter Hassprediger? Einer der Hauptsponsoren des ZIEM ist das Emirat Katar, das weltweit die Muslimbruderschaften unterstützt. Gegen deren Repräsentanten hat das ägyptische Militär gerade geputscht, damit das Land nicht in die Hände von Islamisten falle. In München wird Idriz als Beispiel für Toleranz und Vorbild für Integration gefeiert.

Hans Heckel



Michael Stürzenberger sammelt Unterschriften: Linke Demonstranten stören Aktionen massiv

Bild: pa

ZIEM-Gegner bei ihren öffentlichen Reden nicht lauter als 85 Dezibel sprechen dürfen. Auch müssen die Reden alle zehn Minuten für zehn Minuten unterbrochen werden.

Dagegen hatte Michael Stürzenberger geklagt, Begründung: Die Lautstärke sei nicht auf ihn und die Seinen zurückzuführen, sondern auf „schreiende“ Gegendemonstranten. Bei Beschwerden über deren Lautstärke sei er von Polizeibeamten belehrt worden, dass der

Dies gelte auch, was Beschimpfungen angehe. Als ein Anhänger der „Freiheit“ auf wüste Anwürfe mit einer verbalen Entgleisung seinerseits reagiert habe, sei er mit 450 Euro Strafe belegt worden. Die, die ihn beleidigt hätten, seien straflos ausgegangen. Das gelte selbst für antisemitische Beleidigungen gegen die „Freiheit“. Es werde mit zweierlei Maß gemessen: „Die einen dürfen mit ausgestrecktem Mittelfinger beleidigen, die anderen bekommen dafür 2400 Euro

ben an alle Bürger seiner Stadt frontal gegen die „Freiheit“ und ruft die Münchener auf, ihre Unterschrift zu verweigern oder, so schon gegeben, zurückzuziehen. Ude stützt sich auf den Verfassungsschutz des schwarz-gelb regierten Freistaats. Der hat, als einziges Bundesland, die Kleinpartei Ende März unter Beobachtung gestellt, skurriler Beobachtungsgrund: Verdacht auf „Islamfeindlichkeit“. Die Partei klagt gegen die Observierung.

## MELDUNGEN

### Soli-Gelder nicht für den Bund

Kiel – Reinhard Meyer (SPD), derzeit Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz der Länder und zugleich Minister für Verkehr und Wirtschaft in Schleswig-Holstein, begrüßt den Vorschlag der Bundeskanzlerin Angela Merkel, den 2019 auslaufenden Solidaritätszuschlag zugunsten der neuen Bundesländer später bundesweit für Investitionen in die Infrastruktur zu verwenden. Meyer fordert jedoch, bereits jetzt schon einen Teil der über den Solidaritätsbeitrag eingenommenen Gelder in die Infrastruktur zu stecken. Derzeit würde der Bund nämlich vier Milliarden Euro mehr über den Einzug des Soli erhalten als er an die neuen Länder im Rahmen des Solidarpaktes weiterüberweist. Diese vier Milliarden sollten nicht im Bundeshaushalt versickern, sondern gezielt in Investitionen fließen. Der schleswig-holsteinische Politiker hat hier auch bereits einige Projekte im Auge. So müsse der in seinem Bundesland liegende Nord-Ostsee-Kanal, einst Kaiser-Wilhelm-Kanal, dringend saniert werden.

Bel

### Christen wollen AfD mitprägen

Baden-Baden – Die Partei „Alternative für Deutschland“ stellt sich Woche für Woche breiter auf. Seit einigen Tagen hat der Landesverband Baden-Württemberg sogar einen christlichen Arbeitskreis. Die Aufgabe der derzeit gut 20 Mitglieder, die der Evangelischen Landeskirche, der katholischen Kirche, aber auch Freikirchen angehören, ist es, christliche Werte in das Programm der Partei einzubringen. Dabei will der Arbeitskreis seinen Schwerpunkt auf die Stärkung der Familie und auf die Ehe als bewährtes Modell setzen. Aber auch das Thema Lebensrecht ist dem Arbeitskreis sehr wichtig.

Bel

## Wien überholt Hamburg

Österreichs Hauptstadt überrundet bei anderem Aspekt auch Berlin

Mit hohen Bevölkerungswachsraten hat Wien Hamburg bei der Einwohnerzahl überholt und ist nun die zweitgrößte Stadt im deutschsprachigen Raum. Bereits mit Stand zum 1. Januar lebten mit 1 741 246 Einwohnern in Wien rund 7000 Menschen mehr als in der Elbmetropole. Noch mehr Einwohner als Wien hat nunmehr nur noch Berlin mit knapp 3,5 Millionen Menschen.

Die österreichische Hauptstadt hat gute Chancen, ihre Stellung zu behaupten. Experten der Statistik Austria erwarten, dass bis 2033 die Zwei-Millionen-Grenze bei der Einwohnerzahl erreicht sein wird. Bewahrheiten sich die Prognosen, wird Wien damit Hamburg deutlich hinter sich lassen. Unangefochten wird Berlin mit hochgerechnet bis zu 3,9 Millionen Einwohnern 2030 allerdings die Nummer Eins der Großstädte im deutschsprachigen Raum bleiben.

Deutlich abgehängt wurde Berlin durch die Donaumetropole allerdings inzwischen auf einem anderen Feld. Die Hoffnungen, Drehscheibe im Ost-West-Handel zu werden, die man sich nach dem Ende des Kalten Krieges gemacht hat, sind zwar in Erfüllung gegangen, nicht aber in Berlin. Rund 300 internationale Konzerne

haben inzwischen ihre Osteuropa-Zentralen in Wien. Ihre Chancen im Osten haben nach 1989 allerdings auch Österreichs Unternehmen schnell erkannt. Das Resultat: In Wien beheimatete Unternehmen erwirtschaften im Schnitt rund 40 Prozent ihres Umsatzes in den Ländern Ost- und Zentraleuropas. Die kleinen Firmen und Mittelständler Berlins waren stattdessen lange eher auf die eigene Region fin-

### Wien, nicht Berlin Ost-West-Drehscheibe

ziert, als dass sie Chancen in Osteuropa gesehen haben.

Das Scheitern der Berliner Hoffnungen, zum Zentrum des Osthandels zu werden, hat aber noch andere Gründe. Obwohl die Ausgangsbedingungen in beiden Städten gut waren, hat Wien seine Trümpfe geschickter ausgespielt. Zum einen ist es Wien gelungen, an sein noch aus der k.u.k. Zeit stammendes Renomee als Drehscheibe des Habsburger Vielvölkerstaats anzuknüpfen. Zusätzlich wurde dafür gesorgt, dass Wien auch durch das Steuerrecht ein attraktiver Standort ist. Im Falle Berlins hat man zu lange die eigene Entwicklung zur Ost-West-Dreh-

scheibe als Selbstläufer betrachtet. Nachteile in der Infrastruktur, die bis heute nicht behoben sind, haben ein Übriges getan. Das Angebot an Verkehrsverbindungen in Richtung Osten ist im Vergleich zu Wien fast spärlich. Was Flugverbindungen nach Osteuropa angeht, hat der Flughafen Wien-Schwechat die Berliner Flughäfen weit abgehängt. Nicht viel besser sieht es bei den Eisenbahnverbindungen aus. Wien ist Knotenpunkt von drei wichtigen internationalen Eisenbahnverbindungen – die Modernisierung der Eisenbahnverbindung von Berlin in Richtung Osten kommt dagegen erst jetzt in Gang. Das Resultat: Selbst Zugfahrten in nicht einmal weit entfernt liegende Städte wie Stettin oder Breslau dauern im Schnitt meist doppelt so lange wie zu Vorkriegszeiten.

Auch im Falle Wiens haben der wirtschaftliche Erfolg und die Magnetwirkung auf Zuzügler aber ihre Schattenseiten, denn in kaum einem anderen EU-Land sind die Preise für Wohnungen seit 2007 so stark gestiegen. Bei den Kaufpreisen für Immobilien liegt Wien in der Gruppe der zehn teuersten Städte in Europa. Insbesondere nach der EU-Osterweiterung ist der Druck auf den Arbeitsmarkt spürbar gestiegen, ebenso die Kriminalitätsraten.

N.H.

# Man of the Year: Edward Snowden

Er opferte seine Freiheit für die Wahrheit

**Großes Dossier: Big Brother USA hält Deutschland besetzt. Warum kuschen Merkel und Gauck? •**

abo@compact-magazin.com

an vielen Kiosken • oder auch im Abo •

Tel. 03327-569 86 11/12 • Fax 03327-569 86 17

[www.compact-magazin.com](http://www.compact-magazin.com)

Anzeige